



Ständige Publikumskonferenz
der öffentlich-rechtlichen Medien e.V.
Frau Vorsitzende Maren Müller
Herrn Jens Köhler
Hofer Straße 20a
04317 Leipzig

MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK
Anstalt des öffentlichen Rechts

JURISTISCHE DIREKTION

Kantstraße 71-73
04275 Leipzig
Postanschrift 04360 Leipzig
Tel.: (0341) 3 00 0
www.mdr.de

**Programmbeschwerde
MDR aktuell vom 19.04.2017**

Sehr geehrte Frau Müller,
sehr geehrter Herr Köhler,

ich nehme Bezug auf Ihr an die Intendantin des MDR gerichtete Schreiben vom 21.04.2017, beim MDR eingegangen am 25.04.2016. Die Intendantin bat mich, Ihre Argumentation zu prüfen und Ihnen eine Antwort zukommen zu lassen. Dem komme ich gerne nach.

Gegenstand Ihrer Beschwerde ist eine sogenannte Nachricht im Film (NiF), d. h. kein Beitrag, sondern ist eine bebilderte regelmäßig zusammenfassende kurze Wortmeldung, die mit einer Sprecherstimme hinterlegt ist. Vorliegend beanstanden Sie eine NiF der Sendung „MDR Aktuell“ vom 19.04.2017, 19:30 Uhr. Gegenstand der NiF war ein Urteil des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag vom 19.04.2017, das in einem Rechtsstreit zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation gesprochen wurde. Aus Ihrer Sicht gibt die NiF das tatsächliche Ergebnis der Beratungen des Gerichts zu dem Klageantrag der Ukraine nicht richtig wieder. Für Ihre Sichtweise führen Sie vier Argumente an, auf die sich Ihre Auffassung stützt. Sie sehen darin einen Beleg, dass der MDR Nachrichten „selektive“ und „tendenzöse“ zusammenstelle.

Die für die beanstandete Berichterstattung zuständige Redaktion habe ich um eine Stellungnahme zur Entstehung und zum Inhalt des betreffenden Beitrages gebeten. Danach ergibt sich für mich folgendes Bild:

Leipzig, 20.06.2017

Seite 1/3

ks

170620-OS-MDR aktuell
19.04.2017-St.Publ.konf.-BRF.docx
II PR 14 / VIS

Honorarprofessor

Dr. Jens-Ole Schröder

Juristischer Direktor

Tel.: +49.(0)341.300-7500

Fax: +49.(0)341.300-7530

juristischedirektion@mdr.de

Gesetzlicher Vertreter des MDR ist die Intendantin. Der MDR kann auch durch von der Intendantin Bevollmächtigte vertreten werden. Auskünfte über den Kreis der Bevollmächtigten und den Umfang der Vollmachten erteilt der Juristische Direktor des MDR.

Sie kritisieren „ein unvollständiges und hinsichtlich der Wichtung der Inhalte verfälschtes Bild vom tatsächlichen Ergebnis der Beratungen zu dem Klageantrag der Ukraine.“ Sie stützen sich dabei auf ein Protokoll des Internationalen Gerichtshofes.

Darin heisst es: *„The court find that Russia must refrain from imposing limitations on the ability of the Crimean Tartar community to conserve its representative institutions, including the Mejlis, and ensure the availability of education in the Ukrainian Language.“*

Ihre Übersetzung lautet: *„Das Gericht befindet, dass Russland Abstand nehmen muss von der Einführung von Beschränkungen der Fähigkeit der krimtartarischen Gemeinschaft, deren repräsentative Institutionen zu erhalten, einschließlich der Mejlis und muss die Verfügbarkeit von Bildung in ukrainischer Sprache sicherstellen.“*

„Abstand zu nehmen von der Einführung von Beschränkungen“ sowie „ die Verfügbarkeit von Bildung in ukrainischer Sprache sicherstellen.“ Die Redaktion hat dies mit „besser vor Diskriminierung schützen“ zusammengefasst. Die Vorgehensweise sowie die gewählte Formulierung sind aus juristischer Sicht nicht zu beanstanden.

ad 1)

Sie haben den Eindruck, dass die Redaktion die Sprache der Tartaren verwechselt hat. Ihrer Auffassung nach gehe es im Gerichtsprotokoll um Ukrainisch, während die Redaktion von „ihrer“ Sprache gesprochen hätte. Da die Tartaren sowohl Ukrainisch als auch Tartarisch verwenden, ist Ihre Kritik nur schwer nachvollziehbar. Noch deutlicher wäre es vermutlich gewesen, von „Ukrainisch“ als einer „ihrer“ Sprachen zu sprechen. Dies wäre allerdings auf Kosten der Verständlichkeit des kurzen Nachrichtenfilms gegangen. Die Verletzung eines Programmgrundsatzes ist mit dieser - wenn überhaupt - kleinen Ungenauigkeit jedenfalls nicht gegeben.

ad 2)

Die Frage der Terrorfinanzierung in der Ostukraine hat die Redaktion in der kurzen Nachricht nicht behandelt, auch um die Verständlichkeit sicherzustellen. Gerichtsurteile in Gänze wiederzugeben, würde das Format einer Nachrichtensendung - ebenso im Übrigen wie den Zuschauer - regelmäßig überfordern. Eine Zusammenfassung wiederum gibt qua definitionem kein vollständiges Bild eines Sachverhaltes. Rechtlich ist das nicht zu beanstanden.

ad 3)

Sie kritisieren, die Formulierung „ Damit gab das Gericht einer Klage der Ukraine statt“ sei nicht zutreffend. In Bezug auf die Verwendung der Sprache, also den Aspekt, der in der Berichterstattung im Vordergrund stand, ist die Passage aus diesseitiger Sicht jedoch korrekt. Durch die Bezugnahme - „damit“ - ergibt sich eine entsprechende Einschränkung. Auch hier stellt sich die Frage der Verständlichkeit einer Nachrichtensendung. Eine Verkürzung des Sachverhaltes birgt die Gefahr, dass andere, nicht genannte Aspekte offen bleiben. Dieser Umstand jedoch ist im Hinblick auf die Zielrichtung einer Nachricht, insbesondere einer NiF, nämlich kurz und zusammenfassend über wesentliche Punkte eines Sachverhaltes zu informieren, hinzunehmen.

ad 4)

Sie vermissen den Hinweis auf das Referendum auf der Krim. Auch dieser Umstand ist schlussendlich dem Wesen der Zusammenfassung geschuldet. Sobald neben den Kernpunkten eines Sachverhaltes auch auf weitere Aspekte eingegangen wird, ändert sich der Charakter der Nachricht: Aus einer kurzen Zusammenfassung wird auf diese Weise ein ganzer Nachrichtenbeitrag. Vorliegend konnte ein Hinweis auf das von Ihnen erwähnte

Referendum nicht erfolgen, da die Redaktion dann auch die kritischen Gesamtumstände des Referendums, wie zum Beispiel das Fehlen der Option „Nein“ auf den Stimmzetteln, hätte thematisieren müssen. Dies wiederum hätte den Umfang einer kurzen NiF - wie gesagt: eine kurze Zusammenfassung - gesprengt.

Im Ergebnis muss ich Ihnen mitteilen, dass nach Prüfung der von Ihnen vorgetragenen Beanstandungen zu der hier in Rede stehenden NiF eine Verletzung von Programmgrundsätzen nicht festgestellt werden konnte.

Grundsätzlich gilt, dass eine Redaktion zur Erstellung von Nachrichten immer eine Auswahl treffen muss, sowohl im Hinblick auf die Nachrichten selbst als auch in Bezug auf den Inhalt der Nachricht. Den Vorwurf der „selektiven“ und „tendenziösen“ Nachrichten-zusammenstellung allerdings ist an dieser Stelle diesseitig nicht nachvollziehbar. Die Diskussion um die Gewichtung und die Auswahl von Nachrichten gehört für die Nachrichtenredaktionen schlussendlich zum Diskurs dazu.

In diesem Sinne würden wir uns freuen, wenn Sie uns weiter als kritische Zuschauer gewogen bleiben..

Mit freundlichen Grüßen

Honorarprofessor Dr. Jens-Ole Schröder